Was kann ich tun?

- Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern schließen sich zusammen und protestieren gegen geplante Bundeswehrbesuche an der Schule.
- Friedens-, antimilitaristische und andere Gruppen informieren in der Stadt über die Hintergründe der Bundeswehr-Werbung.
- An der Schule wird über die Schulkonferenz beschlossen, dass Bundeswehr-Besuche nicht erwünscht sind. Eine Schule kann sich auch öffentlich zur „Bundeswehrfreien Schule“ erklären.
- Lässt sich der Bundeswehr-Auftritt nicht verhindern, können Friedensgruppen vor der Schule und Schüler*innen, und Lehrer*innen in der Schule dagegen protestieren.
- Will man die Bundeswehr-Werbung nicht unwidersprochen lassen, kann man sich dafür einsetzen, dass auch Vertreter*innen der Friedensbewegung in die Schule eingeladen werden.
- Bitte informiert/informieren Sie uns über Bundeswehr-Auftritte an Schulen.

Aktionsbeispiele und mehr zu den Möglichkeiten, gegen Bundeswehr-Werbung aktiv zu werden auf unserer Homepage **www.schule-ohne-bundeswehr-nrw.de**

Steuerabzugsfähige Spenden für unsere Arbeit unter dem Stichwort **„Schule ohne Bundeswehr“** an das Konto des Alois-Stoff-Bildungswerk der DFG-VK NRW, Sparkasse Dortmund
IBAN: DE48 4405 0199 0001 0591 81

Wer wir sind und was wir machen

Wir, das Bündnis **„Schule ohne Bundeswehr NRW“**, sind ein offener Zusammenschluss von Friedensgruppen, antimilitaristischen und antifaschistischen Initiativen, Jugendverbänden für den Frieden, Schüler*innenvertretungen und Gewerkschaften.

Wir fordern

- Die ersatzlose Kündigung der Kooperationsvereinbarung zwischen Schulministerium und Bundeswehr!
- Eine Erziehung zum Frieden und Humanismus!

Wir bieten

- Referent*innen
- Informationsmaterialien für Eltern Schüler*innen, Lehrer*innen und allen weiteren Interessierten
- Unterstützung von Schüler*innen-Vertretungen und Schulen dabei, sich kurz- und langfristig gegen Bundeswehrauftritte zu wehren.

Aachener Friedenspreis | Bund für Soziale Verteidigung | DFG-VK NRW | DGB Jugend NRW | GEW NRW | Naturfreundejugend NRW | Kölner Friedensforum | Landesschüler*innen vertretung NRW | Linksjugend solid NRW | Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden | SDAJ Rheinland und Ruhr/Westfalen | VVN/BdA NRW

Schule ohne Bundeswehr NRW
c/o DFG-VK NRW
Joachim Schramm
Braunschweiger Str. 22
44145 Dortmund
info@schule-ohne-bundeswehr-nrw.de

Schule ohne Bundeswehr!

www.schule-ohne-bundeswehr-nrw.de

Was ist überhaupt los?

Die Bundeswehr drängt in den letzten Jahren immer stärker in die Öffentlichkeit. Ihre immer breiter angelegten Reklamefeldzüge haben dabei allein im Jahr 2017 425.000 Jugendliche direkt an oder im Umfeld von Schulen erreicht.

Eine 2008 abgeschlossene und 2012 überarbeitete Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeswehr und dem Schulministerium NRW räumt der Bundeswehr exklusive Rechte ein. Sie vermittelt den Eindruck, der Besuch der Bundeswehr an Schulen sei vom Ministerium erwünscht und beeinflusst so die Entscheidung von Lehrer*innen und Schulleitung. Und so ist die Bundeswehr vielfältig an Schulen präsent:

- Durch Unterrichtsstunden mit Jugendoffizieren.
- Durch Bundeswehr-Karriereberater*innen bei Berufsorientierungs-Veranstaltungen.
- Durch Einladungen zum „Tag der offenen Tür" oder zu Studienfahrten in Kasernen.
- Durch Veranstaltungen für Refendar*innen und Lehrer*innen.

Warum ist das so?

Ursache dieser Entwicklung ist der politische Wille der Regierung, die Bundeswehr radikal auf Kriegseinsätze in aller Welt auszurichten. Die Bundeswehr ist heute eine „Armee im Einsatz". Für solche Kriegseinsätze wie in Afghanistan oder Mali werden vor allem Berufs- und Zeitsoldat*innen gebraucht und verschlissen. Auch für die zunehmende Konfrontation zwischen NATO und Russland braucht man mehr Soldat*innen. Freiwillige werden geworben, um sie für den längerfristigen Dienst bei der Armee zu begeistern. Diese Politik der kriegerischen Einsätze im Ausland ist gegen die Meinung und die Interessen der Mehrheit der Jugend und der Bevölkerung gerichtet. Auf Grund des steigenden Nachwuchsbedarfs der Bundeswehr bei gleichzeitigem Akzeptanzproblem wird weiter verstärkt in den Schulen geworben. Auch Minderjährige sind dabei Zielgruppe der Armee.

Unsere Kritik!

Die Unterrichtseinheiten der Bundeswehr sollen Schüler*innen insbesondere von der Notwendigkeit deutscher Kriegseinsätze und den Vorteilen des Soldatenberufs überzeugen.

Während immer mehr Jugendliche von Ausbildungsplatzmangel, Leiharbeit, oder Hartz-IV betroffen sind, verspricht die Bundeswehr gute Bezahlung und einen sicheren Arbeitsplatz und versucht damit gezielt diejenigen zu ködern, die keine Perspektive für ihre berufliche Zukunft sehen. Erst diese fehlende Aussicht auf eine sichere Zukunft macht das Leben als Soldat für Jugendliche, trotz aller Gefahren, attraktiv.

Dass man bei der Bundeswehr zwangsweise in den Krieg geschickt wird, fällt in den schönen Werbeauftritten oft hinten runter. Soldat*innen müssen bereit sein, auf Befehl Menschen zu töten, das ist ihre Aufgabe. Das Risiko dabei ist, selber getötet, verwundet oder traumatisiert zu werden.

Durch die Bundeswehr wird an der Schule die unmittelbare Regierungspolitik beworben. Damit wird auch die Neutralität der Schule verletzt. Ihr Bildungsauftrag ist vor allem dem Friedensauftrag des Grundgesetzes verpflichtet. Auch das Schulgesetz von NRW schreibt vor, dass Schule zur Friedensgesinnung erziehen soll, diese Arbeit können am besten qualifizierte Lehrer*innen selbst bewältigen.

Wir sind der Ansicht, dass Jugendliche ein Recht auf eine Zukunft ohne Krieg und auf ein gemeinsames Leben in Frieden haben. Wir verwahren uns gegen eine zweckgeleitete Kriegspropaganda an unseren Schulen.

Das Militär hat an Schulen, Universitäten und Arbeitsämtern nichts zu suchen. Es darf keine Werbeanstrengungen, offen oder verdeckt, an Schulen geben. Weg mit Unterrichtseinheiten, die Schüler*innen auf angebliche Sachzwänge orientieren statt eine gründliche Problemanalyse zu erarbeiten. Weg mit Freizeiten, die mit Abenteuergeist und Technikfaszination ein geschöntes Bild vom Leben als Soldat vorspiegeln.